

**Martin Mühlenberg**

**Das Machtpotenzial der  
russischen Provisorischen Regierung  
nach der Februarrevolution**

**Mühlenberg, Martin: Das Machtpotenzial der russischen Provisorischen Regierung nach der Februarrevolution. Hamburg, Diplomica Verlag GmbH 2015**

Buch-ISBN: 978-3-95850-760-9

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95850-260-4

Druck/Herstellung: Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2015

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Diplomica Verlag GmbH

Hermannstal 119k, 22119 Hamburg

<http://www.diplomica-verlag.de>, Hamburg 2015

Printed in Germany

„Freiheit des Willens heißt daher nichts anderes, als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können. Je freier also das Urtheil eines Menschen in Beziehung auf einen bestimmten Fragepunkt ist, mit desto größerer Nothwendigkeit wird der Inhalt dieses Urtheils bestimmt sein; während die auf Unkenntnis beruhende Unsicherheit, die zwischen vielen verschiedenen und widersprechenden Entscheidungsmöglichkeiten scheinbar willkürlich wählt, eben dadurch ihre Unfreiheit beweist, ihr Beherrschtsein von dem Gegenstande, den sie gerade beherrschen sollte.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Antidühring), hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA) Erste Abteilung. Werke – Artikel – Entwürfe, Bd. 27), Berlin 1988, S. 312.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung .....</b>	<b>9</b>
<b>2 Historische Einordnung .....</b>	<b>17</b>
2.1 Konstituierung der Provisorischen Regierung.....	19
2.2 Zum Selbstverständnis der Regierung.....	20
<b>3 Wirtschaftspolitische Spielraum .....</b>	<b>23</b>
3.1 Standortbestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung.....	23
3.2 Alliierte Hilfe während des Krieges .....	25
3.3 Wirtschaftspolitik der Provisorischen Regierung .....	27
3.3.1 Verbindlichkeiten und laufende Kosten .....	28
3.3.2 Wirtschaftspolitische Lösungsansätze .....	29
<b>4 Beziehungen zwischen Regierung und Sowjet(s).....</b>	<b>34</b>
4.1 Die Bolschewiki .....	36
4.2 Die Arbeiter .....	40
4.2.1 Achtstundentag.....	41
4.2.2 Betriebliche Mitbestimmung .....	42
4.2.3 Lohnentwicklung .....	44
4.2.4 Zwischenfazit.....	46
4.3 Miljukovnote und Kriegszielfrage.....	47
4.3.1 Miljukovnote.....	49
4.3.2 Konstituierung der Koalitionsregierung .....	57

4.4 Die Soldaten .....	60
4.4.1 Befehl Nr. 1 und Soldatenrechte .....	62
4.4.2 Umbau der Armee .....	66
4.4.3 Wiederherstellung der Kampffähigkeit und Frühjahrsoffensive.....	69
4.5 Die Bauern.....	76
4.5.1 Historische Einordnung der Agrarstruktur.....	76
4.5.2 Agrarpolitik der Regierung .....	77
<b>5 Aufbau der Lokalverwaltung .....</b>	<b>85</b>
5.1 Vergleichende Lokalstudien zum Aufbau der lokalen Selbstverwaltung .....	88
5.1.1 Zentralrussland.....	88
5.1.2 Westsibirien.....	90
5.1.3 Kaukasus .....	91
5.1.4 Die <i>Petrogradskaja gubernija</i> .....	93
5.2 Vergleichende Lokalstudien – ordnungspolitische Tendenzen .....	94
5.2.1 Zentralrussland.....	94
5.2.2 Westsibirien.....	95
5.2.3 Kaukasus .....	96
5.2.4 <i>Petrogradskaja gubernija</i> .....	98
<b>6 Fazit.....</b>	<b>99</b>
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis.....</b>	<b>105</b>
Quellenverzeichnis .....	105
Literaturverzeichnis .....	109
<b>Anhang.....</b>	<b>115</b>

# 1 Einleitung

„[...] *esli by eti dve sily – liberal'naja buržuazija i revoljucionnyj narod – sečas' vystupili by drug protiv druga, to, verojatno, eti dve sily drug druga nejtralisirovalis' by, kak soda i kislota.*“<sup>2</sup>

Am 20. April 1917<sup>3</sup> kam es im Taurischen Palais in Petrograd zu einem offenen Kräfte messen zwischen zwei Institutionen, die von der Februarrevolution hervorgebracht worden waren: Zum einen der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten (im Folgenden: Sowjet) und zum anderen die Provisorische Regierung (im Folgenden meist: Regierung). Auslöser dieses offenen Machtkampfes war die sog. Miljukovnote der Regierung an die Verbündeten, die bereits getroffene Absprachen zwischen Sowjet und Regierung hinsichtlich eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen ignorierte und an die Traditionen der imperialistischen, zaristischen Außenpolitik anzuknüpfen schien.

Beschäftigt man sich nun mit der einschlägigen Literatur über das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Sowjet, so scheint das Ergebnis dieses Machtkampfes vorweggenommen. Die Regierung wird als „schwach bis zur Impotenz“<sup>4</sup> charakterisiert und ihr Überleben scheint allein von der Gnade des Sowjets abhängig:

„In der Praxis kontrollierte der Sowjet nicht nur die Provisorische Regierung, sondern betätigte sich auch als Gesetzgeber. [...] So wurde der Regierung nicht einmal in der Militär- und Außenpolitik eine Machtbefugnis eingeräumt. In alltäglicheren Angelegenheiten [...] wirkte das Ispolkom<sup>5</sup> als höchste Instanz, ohne sich damit aufzuhalten, sich mit der Regierung abzusprechen.“<sup>6</sup>

HILDERMEIER stellt fest, dass spätestens nach der Aprilkrise „allein der Sowjet über Macht verfügte. Ihr Transfer erwies sich als bloßer Schein. Für jedermann sichtbar ruhte die Doppelherrschaft nur noch auf *einer* Säule, an die sich die zweite bloß anlehnte.“<sup>7</sup> Geyer betont, dass das „Bestreben [der Regierung, M.M.] zu widerstehen und handlungsfähig zu

---

<sup>2</sup> Ju. M. Steklov am 10.03.17 im Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Bauerndeputierten, in: Petrogradskij Sovet rabočich i soldatskich deputatov v 1917 godu. Protokolly, stenogrammy i otčety, resoljucii postanovlenija obščich sobranij, sobranij sekcij, sasedanij Ispolnitel'nogo Komiteta i frakcij 27. fevralja – 25 oktjabrja 1917 goda v pjati tomach, bearb. von Volobuev P. V., tom 1, Leningrad 1991, S. 247.

<sup>3</sup> Alle Datumsangaben, sofern nicht anders vermerkt (n. St.), beziehen sich auf den Julianischen Kalender.

<sup>4</sup> Chamberlin, William Henry: Die Russische Revolution, Bd. 1, Frankfurt am Main 1958, S. 92.

<sup>5</sup> Ispolkom (ispolnitel'nyj komitet) bezeichnet das Exekutivkomitee des Sowjets.

<sup>6</sup> Pipes, Richard: Der Zerfall des Zarenreiches (Die Russische Revolution, Bd. 1), Berlin 1992, S. 554.

<sup>7</sup> Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt am Main 1989, S. 162.

werden, nicht von vornherein illusionär war.“<sup>8</sup> Zwar zieht er den Schluss, dass sich in der Praxis „aus diesem Attentismus [des Sowjets, M. M.] gegenüber der staatlichen Macht sehr merkwürdige Formen wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Regierung und Sowjet“<sup>9</sup> ergaben, führt aber im Folgenden diese „wechselseitige Abhängigkeit“ nur auf den Begriff der Doppelherrschaft zurück: „Die, denen die Akklamation der Massen versagt blieb, sollten regieren, ohne die Macht je wirklich zu besitzen [...]“<sup>10</sup> Dass die Abhängigkeit des Sowjets von der Regierung als legislatives Organ aber auch eine Machtquelle der Regierung darstellen könnte, sieht auch er im Folgenden nicht. Bonwetsch betont v. a. „das Zurückschrecken vor der Übernahme von Macht“<sup>11</sup> auf Seiten des Sowjets, geht aber im Folgenden auf das Problem der Ausübung von Macht aufgrund seines sozialgeschichtlichen Ansatzes nur sehr bedingt ein. Auch Altrichter kommt aufgrund seines sozialgeschichtlichen Ansatzes nicht über Andeutungen eines mehr oder weniger kooperativen Verhältnisses zwischen Regierung und Sowjet hinaus.<sup>12</sup> Für Fuchs war die Provisorische Regierung „abhängig vom Rat der Soldaten- und Arbeiterdeputierten.“<sup>13</sup> Figes hält die Regierung aufgrund der sowjetischen Formel *postol'ku, poskol'ku* für „letztlich gelähmt“<sup>14</sup>, mahnt aber an, die Politik von 1917 nicht so sehr als Problem des *dvoevlastie* sondern vielmehr als Phänomen eines *mnogovlastie* zu betrachten, da es eine Vielzahl örtlicher Machtzentren gab, die das Prinzip der Doppelherrschaft negierten.<sup>15</sup> Gajda bemerkt, dass bis dato sowohl von sowjetischer, als auch von westlicher Literatur immer die Schwächen der Regierung hervorgehoben wurden.<sup>16</sup> So wirkt seine These von einer „balans bessilija“<sup>17</sup> sehr erfrischend, da diese zumindest das Machtpotenzial des Sowjets relativiert, wenn er auch ansonsten an der gängigen These über die Schwäche der Regierung festhält.

---

<sup>8</sup> Geyer, Dietrich: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Stuttgart 1968, S. 71.

<sup>9</sup> Vgl. Geyer, Dietrich: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, S. 72.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Bonwetsch, Bernd: Die russische Revolution. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991, S. 131.

<sup>12</sup> Vgl. Altrichter, Helmut: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997.

<sup>13</sup> Fuchs, John Andreas: Die USA und die russischen Revolutionen von 1917 – Reaktionen in Kongreß und der New York Times, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 11. Jahrgang, 2007, Heft 2, S. 74.

<sup>14</sup> Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, S. 361.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 384.

<sup>16</sup> Gajda, F. A.: Mechanizm vlasti Vremennogo pravitel'stva (mart-aprel' 1917 g.), in: Otečestvennaja istorija, Heft 2 (2001), S. 142.

<sup>17</sup> Ebd., S. 150.

Es bleibt festzustellen, dass PIPES' zweibändige Darstellung über die Russische Revolution bis heute das, in Bezug auf das Phänomen *dvoevlasie*, wohl umfangreichste Standardwerk darstellt, obgleich es keineswegs einen rein institutionalistischen Ansatz verfolgt. Problematisch erscheinen seine absoluten Bewertungen zum Verhältnis zwischen Regierung und Sowjet.<sup>18</sup> So schien auch ihm, wie allen anderen aufgeführten Historikern, der Umstand, der diese Studie motivierte, kein Kopfzerbrechen zu bereiten: Der Machtkampf des 20. April endete mit einer Kapitulation des Sowjets vor der Regierung, da die Regierung mit einem kollektiven Rücktritt drohte, sollte sie ihre Positionen bei den Alliierten offiziell revidieren müssen.<sup>19</sup>

Im Falle des kollektiven Rücktritts der bürgerlichen Regierung wäre ein Machtvakuum entstanden, welches die führenden Fraktionen des Sowjets, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, hätten zwangsläufig ausfüllen müssen. Aufgrund ihrer klassischen Interpretation der marx'schen Theorie waren die objektiven Umstände in Russland zur Machtergreifung jedoch noch nicht reif: Würden Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine bürgerlich-kapitalistische Regierung von der Macht verdrängen, würden sie sich in ihren Augen schwer an der Dialektik der Geschichte versündigen.<sup>20</sup> Mit anderen Worten: Würden sie jetzt die zukünftige Vergangenheit falsch gestalten, könnte die (noch ferne) sozialistische Zukunft nicht auf „korrekten“ objektiven Bedingungen gründen.<sup>21</sup> Ob dies das einzige Motiv zur Machtentsagung war, wie Geyer bezweifelt,<sup>22</sup> ist müßig und im Kontext dieser Untersuchung unwichtig, da aus etwaigen anderen Motiven, wie z. B. mangelnde Erfahrung und Organisation, *eo ipso* keine anderen Konsequenzen aus dem Umstand der bewussten Machtentsagung selbst entstehen würden.

Hieraus folgt, erst einmal theoretisch, dass ein beiderseitiges Abhängigkeitsverhältnis

---

<sup>18</sup> Sein Bestreben, die Provisorische Regierung von Vornherein als chancenlos gegenüber Sozialisten karamazovscher Qualitäten zu charakterisieren, scheint seinen eigenen (neo-)liberalen Ansichten zu entspringen. Pipes arbeitete während des Kalten Krieges zwei Jahre für die US-Regierung und hielt es 1992 in einem Interview für „wünschenswert, dass Russland weiter zerfällt, bis von den institutionellen Strukturen nichts mehr übrig ist.“ Vgl. Pipes, Richard: *Drei Fragen der Russischen Revolution*, Wien 1995, S. 18; Klein, Naomi: *Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus*, Frankfurt am Main <sup>3</sup>2010, S. 333.

<sup>19</sup> Vgl. Kantner, Rosemarie: *Die Außenpolitik der Russischen Provisorischen Regierung von 1917 im Widerstreit zwischen traditionellen und revolutionären Vorstellungen*, Kiel 1974, S. 155.

<sup>20</sup> Zwar hingen die Sozialrevolutionäre nur sehr bedingt einer klassischen marx'schen Interpretation an – sie sahen die Grundlage des russischen Sozialismus, wie auch der späte Marx (vgl. Wippermann, Wolfgang: *Die Bonarpartismustheorie von Marx und Engels (Geschichte und Theorie der Politik, Unterreihe A, Bd. 6)*, Stuttgart 1983, S. 132.), in der dörflichen *obščina* – doch lag auch ihnen eine Machtübernahme zum damaligen Zeitpunkt fern.

<sup>21</sup> Zur Gedankenwelt von Menschewiki und Sozialrevolutionären: Reisser, Claus Thomas: *Menschewismus und Revolution 1917. Probleme einer sozialdemokratischen Standortbestimmung*, Tübingen 1981; Anweiler, Oskar: *Die Rätebewegung in Russland 1905-1921 (Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 5)*, Leiden 1958, S. 175-177.

<sup>22</sup> Vgl. Geyer, Dietrich: *Die Russische Revolution*, S. 72.



bestanden haben muss. Einerseits war den Menschewiki und Sozialrevolutionären an einer direkten Machtausübung alles andere als gelegen, weshalb sie ein vitales Interesse am Fortbestehen einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung haben mussten. Andererseits soll hier keinesfalls geleugnet werden, dass einer Regierung, die dauerhaft versucht hätte, gegen den Sowjet zu regieren, wohl kaum eine lange Existenzdauer zu bescheinigen gewesen wäre. Sofern man bereit ist, der Theorie einer gegenseitigen Abhängigkeit zu folgen, wird man genötigt sein, den bisherigen Forschungsstand zum Verhältnis zwischen Regierung und Sowjet, der meist auf den Allgemeinplatz „Macht ohne Verantwortung, Verantwortung ohne Macht“<sup>23</sup> reduziert wird, zu überdenken. Denn „ist Ego aber auf Mitarbeit von Alter angewiesen, so kann Egos Abhängigkeit von Alter als Machtquelle wahrgenommen und eingesetzt werden.“<sup>24</sup>

Bei Konflikten zwischen diesen beiden Institutionen stellt sich nun also die Frage: Kann der Sowjet mit dem Entzug der Macht oder die Regierung mit dem Verzicht auf die Macht drohen? Ausgehend von diesen Überlegungen soll im Folgenden konkret der Versuch gewagt werden, das transitive Machtpotenzial der Provisorischen Regierung näher zu bestimmen. Dies scheint notwendig, da bis heute in der Forschung, wie oben angedeutet wurde, ein eher einseitiges Bild über das Machtpotenzial der Regierung gezeichnet wird und dem Verfasser Arbeiten unbekannt sind, die explizit die Institution Provisorische Regierung als Referenzsubjekt ihrer Forschungen betrachten, um so ihr konkretes Machtpotenzial zu untersuchen.

Hierbei soll unter transitiver Macht Folgendes verstanden werden:

„Transitiv ist eine Machtbeziehung dann, wenn bei ihr zwischen einem Akteur und einem Adressaten unterschieden werden kann, also wenn es ein feststellbares Subjekt gibt, das Macht auf einen anderen Akteur als Objekt ausübt.“<sup>25</sup>

Oder um es mit Max Weber zu sagen: (Transitive) Macht umfasst die „Möglichkeit, den eigenen Willen dem Verhalten anderer aufzuzwingen.“<sup>26</sup> Wenn es Ego also gelingt, transitive Macht auf Alter auszuüben, gelingt es ihm, „im Anderen bei sich selbst zu sein [, was eine,

---

<sup>23</sup> So u. a. Wettig, Gerhard: Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917 (Sonderdruck aus Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 12), Berlin 1967, S. 168.

<sup>24</sup> Han, Byung-Chul: Was ist Macht?, Stuttgart 2005, S. 13.

<sup>25</sup> Speth, Rudolf/Buchstein, Hubertus: Hannah Arendts Theorie intransitiver Macht, in: Göhler, Gerhard u. a. (Hrsgg.), Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden 1997, S. 225. Hervorhebung im Original.

<sup>26</sup> Mommsen, Wolfgang u. a. (Hrsgg.): Max Weber. Wirtschaft und Gesellschaft (Max Weber Gesamtausgabe, Abteilung I: Schriften und Reden, Bd. 22-4), Tübingen 2005, S. 128.

M. M.] Kontinuität des Selbst“<sup>27</sup>, also eine Kontinuität der Macht garantiert. Je verzweigter nun diese Kontinuität des Selbst in einem System angelegt ist, desto größer scheint das transitive Machtpotenzial von Ego.

Methodisch soll also die Schaffung und Nutzung von Handlungsoptionen durch die Regierung, sowohl zwischen institutionellen Extrempolen, wie Sowjet und Alliierten als auch zwischen sozialen Interessengruppen, wie Arbeitern, Bauern, Soldaten und Kapital untersucht werden. Dabei soll herausgearbeitet werden, wie groß der eigentliche Handlungsspielraum der Regierung war und mit welchen Mitteln es ihr u. U. gelang, sich von gewissen Interessengruppen oder Institutionen zu emanzipieren. Als Indikator einer selbstständigen, bürgerlich-kapitalistischen Regierungspolitik<sup>28</sup> kann hierbei das Durchsetzen kapitalistischer (Produktions-)Verhältnisse dienen, die nach Funken folgende Kriterien erfüllen sollten:<sup>29</sup>

- das Bürgertum muss die herrschende Klasse sein, die im Verkehr untereinander, als auch im Verkehr mit der Klasse, die sie ausbeutet, sachliche, verobjektivierbare Kriterien anlegt, die in Gesetzen kodifizierbar sind
- Gewährleistung der Mobilität des Kapitals, denn: „Je mobiler das Kapital ist, [...] desto schneller wird die Produktivkraft der Arbeit in einer Gesellschaft entwickelt.“<sup>30</sup>
- staatliche Gewalten dürfen nach innen und außen die Entfaltung der kapitalistischen Produktion nicht behindern
- alle Bedingungen der Produktion müssen käuflich geworden sein – dies setzt ein Proletariat in genügendem Umfang voraus

In der Konstituierung der ersten Koalitionsregierung aus gemäßigten Sozialisten und Bürgertum soll hier keine methodische Schwierigkeit gesehen werden, da – wie bereits ausgeführt – auch den gemäßigten Sozialisten an der Entwicklung kapitalistischer Produktionsbedingungen (aber mit einer stark organisierten Arbeiterschaft) gelegen war.

Der Untersuchungszeitraum soll sich von der beginnenden Februarrevolution 1917 bis zu

---

<sup>27</sup> Han, Byung-Chul: Was ist Macht?, S. 14.

<sup>28</sup> Nicht alle Mitglieder der ersten Regierung waren – im weitesten Sinne – Kapitalisten. Trotzdem soll auch im Folgenden an Termini wie „kapitalistisch“, „sozialistisch“, „Kapital“, „Bauern“, „Arbeiter“, „Bürgertum“ festgehalten werden, da sich diese Problematik im Rahmen einer Staatsexamensarbeit nicht auflösen lässt. Hierbei müssen Verallgemeinerungen zwangsläufig in Kauf genommen werden.

<sup>29</sup> Vgl. Funken, Klaus: Die ökonomischen Voraussetzungen der Oktoberrevolution. Zur Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, Frankfurt 1976, S. 213.

<sup>30</sup> Ebd., S. 213.

den sog. Juliunruhen im gleichen Jahr erstrecken. Diese Zäsur bietet sich besonders an, da hier viele bedeutende Ereignisse zusammenfielen: Die Juliunruhen selbst offenbarten, ohne vorgreifen zu wollen, sowohl dass sich Macht nicht nur allein aufgrund einer gemeinsamen Idee durchsetzen ließ, als auch, dass Regierung und Sowjet (zumindest in der Hauptstadt) über ungenügend loyale Truppen verfügten. Anfang Juli zerbrach das erste Koalitionskabinett aus bürgerlichen und gemäßigt sozialistischen Kräften an der Ukrainefrage und in Konsequenz einer deutschen Gegenoffensive schien sich die russische Front, die kurz zuvor zum Angriff übergegangen war, im wahrsten Sinne des Wortes aufzulösen. Die Julitage, „*položivšie konec 'romantičeskomu' periodu razvitija revoljucii*“,<sup>31</sup> werden als so entscheidend angesehen, dass sowohl Pipes, als auch Trotzki hier eine entscheidende Zäsur ansetzen. Trotzki geht sogar so weit, die Februarrevolution mit den Julitagen abzuschließen.<sup>32</sup>

Die Untersuchung wird sich an keiner spezifischen Spiel-, Revolutions- oder Institutionentheorie orientieren, da diese Theorien nur voraussagen, „was aller Wahrscheinlichkeit nach eintreten wird, wenn Menschen nicht handelnd eingreifen.“<sup>33</sup> Diese Ansätze bergen die Gefahr in sich zu simplifizieren und suggerieren eine Scheinobjektivität, die oft den Blick für Interdependenzen versperrt.<sup>34</sup> Trotzdem wird, der Thematik geschuldet, ein Stück weit ein strukturfunktionalistischer Ansatz verfolgt, um die Regierung „durch Fragen nach ihrer Struktur, Funktion und Sinnverständnis sowie nach ihrer Legitimation und Prozessen ihrer Delegitimation zu erklären“<sup>35</sup>, ohne diesen zum Dogma zu erheben.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, ist eine sachsystematische einer chronologischen Gliederung klar vorzuziehen, um so die größten Konfliktpunkte v. a. zwischen Regierung und Sowjet thematisch besser analysieren zu können. Nach einer kurzen historischen Einordnung (2) soll die Konstituierung der Provisorischen Regierung (2.1) und ihr daraus entspringendes Selbstverständnis (2.2) skizziert werden, um dieses später an ihrer Regierungstätigkeit zu prüfen. Hieran schließt sich eine Standortbestimmung der russischen

---

<sup>31</sup> Filatova, Žanna Viktorovna: Transformacija organov mestnogo upravljenja i samoupravljenja v Stavropol'skoj gubernii i Terskoj oblasti (mart 1917 – mart 1918 gg.), Pjatigorsk 2009, S. 138.

<sup>32</sup> Vgl. Pipes, Richard: Die Macht der Bolschewiki (Die Russische Revolution, Bd. 2), Berlin 1992, S. 89f.; Trotzki, Leo: Geschichte der russischen Revolution, bearb. von o. N., Berlin 1960, S. 321.

<sup>33</sup> Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, München 1990, S. 11.

<sup>34</sup> So u. a. Tanter, Raymond/Midlarsky, Manus: Revolutionen: eine quantitative Analyse, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin 1971, S. 418-440.; Davies, James C.: Eine Theorie der Revolution, in: Ebd., S. 399-417.

<sup>35</sup> Blänkner, Reinhard: Überlegungen zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Theorie politischer Institutionen, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden 1994, S. 88.

Ökonomie an (3.1), die notwendig erscheint, um die Entwicklung des Kapitalismus in Russland und die daraus womöglich entspringenden Aufgaben für ein bürgerlich-kapitalistisches Kabinett abzuleiten. Weiter sollen ökonomische Zwänge aufgezeigt werden, die ein politisches Handeln nicht weniger beeinflussen dürften, als soziale oder institutionelle Interessengruppen. Durch das Skizzieren der wirtschaftspolitischen Tätigkeit bis Juli (3.3) mit all ihren Zwängen und Forderungen von verschiedensten Seiten wird ein Übergang in den ersten Hauptteil erreicht. Hier (4) soll v. a. die Beziehung zwischen Regierung und Sowjet an ausgewählten thematischen Schwerpunkten untersucht werden, wobei auch Exkurse zu den Bolschewiki und den Alliierten ihren Platz finden.<sup>36</sup> Die thematischen Schwerpunkte orientieren sich an den „großen Fragen“ während der Revolution. Diese betrafen neben der außenpolitischen und der Kriegszielproblematik (4.3) v. a. die drei großen sozialen Gruppen Arbeiter (4.2), Soldaten (4.4) und Bauern (4.5).

Unter Punkt fünf schließt sich eine vergleichende Studie zur Lebenswelt „Provinz“ unter besonderer Betrachtung des Aufbaus einer neuen lokalen Selbstverwaltung (5.1) und ordnungspolitischer Tendenzen (5.2) an, um hieraus Schlüsse zu ziehen, inwieweit die Regierung auch außerhalb Petrograds „bei sich selbst“ war und welche potenziellen Gegenkräfte ihre Arbeit vielleicht behinderten. Die Untersuchung schließt mit einem Fazit (6).

Für diese Studie standen dem Autor die Gesetzestexte der Provisorischen Regierung bis Anfang Mai zur Verfügung.<sup>37</sup> Die weitere legislative Arbeit konnte durch die *Žurnaly zasedanij Vremennogo pravitel'stva* zumindest rekonstruiert werden. Gewissermaßen ein Pendant zu den Gesetzestexten stellt der Sammelband *Petrogradskij Sovet rabočich i soldatskich deputatov v 1917 godu* dar, von dem der erste und dritte Band genutzt wurden. Der zweite Band, der den Zeitraum vom 1. April bis 5. Mai umfassen würde und u. a. eine eingehendere Betrachtung der Entstehung des ersten Koalitionskabinetts erlaubt hätte, ist bis heute nicht veröffentlicht. Dies konnte z. T. durch eine ältere Quellenedition kompensiert werden.<sup>38</sup> Weiter konnten viele wertvolle Informationen aus den damaligen Tageszeitungen

---

<sup>36</sup> Zwar bildeten die Bolschewiki auch eine kleine Fraktion im Sowjet, doch verdienen sie ob ihrer politischen Haltungen eine kurze gesonderte Betrachtung. Die Alliierten werden v. a. in außenpolitischen und militärischen Fragen tangiert, ohne dass ihnen ein einzelnes Kapitel gewidmet werden muss.

<sup>37</sup> Sbornik ukazov i postanovlenij Vremennogo pravitel'stva. Vypusk No. 1. 27. fevral'ja – 5. maja 1917 g., Petrograd 1917.

<sup>38</sup> Petrogradskij Sovet rabočich i soldatskich deputatov. Protokoly zasedanij ispolnitel'nogo komiteta i bjuro I. K., bearb. von Nalivajskij, B. Ja., Moskva/Leningrad 1925. Diese Edition bietet nicht zu allen Daten Sitzungsprotokolle. Die, die sie anbietet sind z. T. lückenhaft und im Gegensatz zu den neueren Bänden anstatt auf mehrere nur auf eine stenografische Mitschrift gestützt.